

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND

**ANJA RAKOWSKI**

So will die erste Chefin das Trierer Polizeipräsidium führen. Seite 14

**FLORIAN VALERIUS**

Große Aufgabe: Der Trierer Blogger ist Juror für den Deutschen Buchpreis. Seite 23

ÜBERBLICK**Trier wird nicht Cannabis-Modellstadt**

TRIER (mk) Der Antrag der Linkspartei, Trier zur Cannabis-Modellstadt zu machen, hat im Stadtrat keine Mehrheit gefunden. Doch ganz vom Tisch ist das Thema noch nicht:

Lokales**Wie die Gladiatoren in die Saison starten**

TRIER (mk) Mit einem Heimspiel gegen Düsseldorf werden Triers Gladiatoren in die neue Saison der 2. Basketball-Bundesliga starten. Wann es losgeht, erfahren Sie hier:

Seite 16**Wieso vergessen Menschen so schnell?**

FRANKFURT/MAIN (mk) Die Corona-Pandemie kam mit weitreichendsten Einschränkungen einher. Aber die Erinnerungen daran verblassen bereits. Wieso?

Seite 27**ZITAT**

„Man kann sich in einen Käfig sperren wie ein Tier und sich anketten und ständig daran denken, dass man gleich getötet wird.“

Wolodymyr Selenskyj

Der ukrainische Präsident sagte im US-Fernsehen, er denke nicht ständig an die Gefahr für sein eigenes Leben, die der russische Angriffskrieg mit sich bringe. Er wolle sich nicht abschotten – so wie der russische Präsident Wladimir Putin, der seinen „Bunker“ nicht verlasse.

WETTER**Seite 28****RUBRIKEN**

GELD UND MARKT SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 25
HÄGAR SEITE 24
SUDOKU SEITE 24
FREIZEIT SEITE 22
FÜR KINDER SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:
Marius Kretschmer

FOTO (OBEN RECHTS): DER BELICHTA

Einzelpreis 2,20 €, NR. 155

**MODE****Socken in Sandalen sind voll im Trend!**

TRIER (mk) Woran erkennt man Deutsche im Urlaub? Richtig, an den Socken, die sie in Sandalen tragen. Dieser alte Witz läuft nun ins Leere. Denn: Was lange Zeit als Modesünde galt, hat sich zu einem heißen Modetrend gemauert. Bunte, glitzernde oder gerüschte Socken werden aktuell in verschiedenen offenen Schuhen getragen. Modenschöpfer Guido-Maria Kretschmer hofft jedoch auf ein schnelles Ende des Phänomens. Der Trend sei zwar populär, aber dadurch noch lange nicht gut. Weitere trendige Modestunden finden Sie hier:

Aus aller Welt Seite 28

FOTO: ISTOCK/MIRIAM CEREZO GARCIA

Grenzgänger dürfen länger steuerfrei im Homeoffice arbeiten

Für Pendler ändern sich die Steuerregeln: mehr Flexibilität, weniger Stress im Verkehr. Regionale Wirtschaft und Kommunen sehen Wettbewerbsnachteile und fehlende Einnahmen.

VON SABINE SCHWADORF

BERLIN/LUXEMBURG Paukenschlag für die rund 40.000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger in der Region Trier: Die steuerfreien Tage im Homeoffice werden ab 2024 ausgeweitet – von 19 auf nun 34 Tage. Damit können sie im Jahr bis zu 34 Tage von zu Hause aus arbeiten, ohne unter die deutsche Steuerpflicht zu fallen. Das teilten Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) und Luxemburgs Amtskollegin Yuriko Backes am Donnerstag in Berlin mit.

Bereits seit Monaten wird dies- und jenseits der Grenze um eine Ausweitung der steuerfreien Homeoffice-Tage gerungen. Eine Petition von rund 6300 Unterzeichnern hatte beim Deutschen Bundestag bereits eine Anpassung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Deutschland und Luxemburg

gefordert. Sowohl die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) und Joachim Streit, Vorsitzender der Landtagsfraktion der Freien Wähler und Ex-Landrat im Eifelkreis Bitburg-Prüm, hatten sich für mehr Homeoffice-Tage positioniert als auch die Bundestagabgeordneten Patrick Schnieder (CDU) und Verena Hubertz (SPD). Während der Corona-Pandemie, als Tausende Beschäftigte von zu Hause aus arbeiteten, war eine Begrenzung der steuerfreien Arbeitstage ausgesetzt und mehrfach verlängert worden. Ralf Päßler als einer der Petitionen sagt dem TV, „Wir haben als Mitarbeitervertreter und Gewerkschaftsmitglieder vor allem für die sozialen Aspekte gekämpft. Vor allem viele Familien gewinnen hier mehr an Lebensqualität.“

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagt: „Das ist ein wunderbarer Er-

folg für unsere Grenzregion zu Luxemburg.“ Die Trierer Bundestagsabgeordnete Verena Hubertz (SPD) kommentiert: „Ein guter und überfälliger Schritt für die Grenzgänger in unserer Region! Jeder zusätzliche Homeoffice-Tag, den das Gesetz ermöglicht, ist ein Gewinn.“

Deutsche, Belgier und Franzosen machen den Hauptteil der rund 212.000 Grenzgänger in Luxemburg aus. Doch während Belgien und Frankreich ihre steuerfreien Homeoffice-Tage bereits auf 34 Tage ausgeweitet haben, gelten für deutsche Beschäftigte in Luxemburg seit Juli wieder 19 Tage. Das wird sich nun im kommenden Jahr ändern.

Für Jan Glockauer, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier, ist das Berliner Urteil „aus Sicht der regionalen Wirtschaft eine falsche Entscheidung“. Damit würde diese auf dem Arbeitsmarkt „mit ungleichen

Wettbewerbsbedingungen konfrontiert. Für die Entscheidung fehlt uns daher jegliches Verständnis.“

Während Stephan Wonnebauer, deutsch-luxemburgischer Steuerrechtsexperte und Anwalt, zwar für Pendler mehr Flexibilität bei der Besteuerung auf der Haben-Seite verbucht, sieht er den deutschen Verzicht auf notwendige Steuereinnahmen mit Sorge.

Mehrere Bürgermeister, Landräte sowie Abgeordnete in der Region hatten bereits in der Vergangenheit darauf gedrungen, zum Ausgleich für entgangene Steuerzahlungen von Grenzgängern von Luxemburg entschädigt zu werden. Und auch Dreyer fordert: „Mit der Freude über die neue Regelung ist auch der Wunsch nach einer Ausgleichszahlung von luxemburgischer Seite an die deutschen Kommunen verbunden.“

Themen des Tages Seite 2

Trier bekommt „Platz der Menschenwürde“

Der Name Bischof-Stein-Platz ist Geschichte. Der Trierer Stadtrat hat sich mit seiner Entscheidung für den neuen Namen über das Votum des Ortsbeirats Trier-Mitte/Gartenfeld hinweggesetzt.

VON HARALD JANSEN

TRIER Bis 2010 hieß die Fläche zwischen Trierer Dom und dem bischöflichen Diözesanmuseum einfach nur „Hinter dem Dom“. Dann wollte die Stadt Trier den verstorbenen Bischof Bernhard Stein ehren. Unter anderem war er Ehrenbürger der Stadt. Inzwischen ist erwiesen, dass er von sexuellen Übergriffen durch Geistliche gewusst hat.

Wäre es nach dem Ortsbeirat Trier-Mitte/Gartenfeld gegangen, wäre der Platz in „Hinter dem Dom“ zurückbenannt worden. Ortsbeiräte haben in Trier traditionell das Vorschlagsrecht bei der

Wahl von Straßennamen. Doch 24 Stadtratsmitglieder aus mehreren Fraktionen waren mit dem Votum der Stadtteilvertreter nicht einverstanden. In ihrem Änderungsantrag heißt es unter anderem, dass der Verein Missbit bereits 2019 einen Antrag auf Umbenennung des „Bischof-Stein-Platzes“ in „Platz der Menschenwürde“ gestellt habe. Im Verein sind Menschen organisiert, die Missbrauch im Bistum Trier erfahren haben. Der Name „Platz der Menschenwürde“ solle ein bewusstes Zeichen der Wertschätzung und Solidarität mit den Opfern sowie die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die zu lange unzureichende

Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft ausdrücken.

In einer emotionalen Debatte nahm die Frage breiten Raum ein, ob der Stadtrat das Votum des Ortsbeirats überstimmen dürfe. Christiane Probst (UBT) versuchte es mit einem Kompromissvorschlag. Das Straßenschild „Hinter dem Dom“ solle durch ein Zusatzschild „Platz der Menschenwürde“ ergänzt werden.

Fast hätte es dann doch noch geklappt mit dem Vorschlag, den alten Namen des Platzes wieder zum neuen zu machen: Immerhin 24 Stimmen waren dafür. 26 stimmten dagegen, drei Räte enthielten sich. Am Ende votierte der Rat

mehrheitlich für den Namen „Platz der Menschenwürde“: 27 Mitglieder waren dafür, 22 dagegen. Vier Räte enthielten sich. Bereits in der kommenden Woche sollen neue Straßenschilder angebracht werden. Gemäß der Empfehlungen des Deutschen Städtetags zum Umgang mit Umbenennungen wird das bisherige Schild an der nordwestlichen Ecke (vor dem Gebäude der Stabstelle Revision des Bischoflichen Generalvikariats) für die Dauer von mindestens zwölf Monaten erhalten bleiben. Dabei soll der alte Straßename ungültig gemacht und mit einer kurzen Erläuterung versehen, aber lesbar bleiben.

Drohmails an Trierer Bischof: Absender gesucht

TRIER (sey) Von einem unbekanntem Verfasser mehrerer Drohmails an den Trierer Bischof Stephan Ackermann und führende Mitarbeiter des Bistums fehlt weiter jede Spur. Nach Angaben des Leitenden Trierer Oberstaatsanwalts Peter Fritzen konnte die Herkunft der Mails nicht mehr rückverfolgt werden. In den Zuschriften wurde der Trierer Bischof unter anderem zur Entlassung seines Generalvikars Ulrich Graf von Plettenberg aufgefordert. Hintergrund ist offenbar ein von dem 58-jährigen Verwaltungschef angestoßener Umstrukturierungsprozess im Generalvikariat. Eines der Ergebnisse ist eine Doppelspitze in der bischöflichen Verwaltung.

Themen des Tages Seite 3

Eintracht Trier: Ein Abgang und ein Zugang

TRIER (bl) Überraschend hat David Kaesler, der erst eine kurze Zeit als Geschäftsstellenleiter im Amt ist, beim Fußball-Oberligisten Eintracht Trier gekündigt. Der Vorstand muss nun an einer zukunftsfähigen Lösung arbeiten.

Im Spielerkader gibt es unterdessen einen prominenten Zugang. Der SVE verstärkt sich mit einem offensiven Mittelfeldspieler, der in der Vergangenheit zu mehreren Einsätzen in der zweiten und dritten Liga gekommen ist. Spannend wird derzeit die Besetzung der Torwart-Positionen.

Sport Seite 15

Wer mit dem ersten AfD-Landrat gefeiert hat

SONNEBERG/TRIER (cmk) Der erste gewählte AfD-Landrat, Robert Sesselmann, wird zurzeit auf Verfassungstreue geprüft. Während in Thüringen die Debatte über die Rechtmäßigkeit der Wahl und des Vorgehens läuft, beobachtet der Trierer Politikwissenschaftler Professor Markus Linden bei dem potenziellen Wahlbeamten eine Nähe zu Rechtsextremisten. Unter Sesselmanns Wahlparty-Gästen waren ein bekannter Holocaust-Leugner und eine Politikerin, die in Berlin aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen worden ist.

Themen des Tages Seite 2

Kommunen fordern für Geflüchtete Geld vom Land

TRIER (red) Wer kommt für die Unterbringung der vielen Geflüchteten in Rheinland-Pfalz auf? Die Kommunen beklagen fehlende Kapazitäten und unzureichende finanzielle Unterstützung vom Land und haben daher ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um prüfen zu lassen, ob das Land verpflichtet ist, alle Kosten zu tragen. Was die nächsten Schritte sind, erfahren Sie:

Themen des Tages Seite 3